

A stylized map of Poland composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent the Polish flag's colors.

# Kabinettswechsel in Polen

Ein Zeichen politischer Reife

JOANNA ANDRYCHOWICZ-SKRZEBA | ROLAND FEICHT | BASTIAN SENDHARDT  
Oktober 2014

- Am 22. September wurde die neue polnische Regierung vereidigt. An ihrer Spitze steht die neue Ministerpräsidentin Ewa Kopacz von der Bürgerplattform (PO), zudem wurden fünf Ministerien neu besetzt. Für Aufsehen sorgte eine Änderung im Außenministerium. So wechselte der bisherige Amtsinhaber Radosław Sikorski auf den Posten des Sejm-Marschalls, die Wahl des Nachfolgers fiel auf den außenpolitisch unerfahrenen Grzegorz Schetyna.
- Die Berufung von Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates ist von großer innenpolitischer Bedeutung: Zum einen stehen 2015 Parlamentswahlen an, zum anderen wird die PO mittelfristig eine neue Parteiführung brauchen. Viel wird davon abhängen, ob die neue Regierung Kopacz das Vertrauen der Polen gewinnen und die eigene Partei stabilisieren kann.
- Tusks Wechsel nach Europa gilt in Polen als politischer Erfolg des gesamten Landes. Die neue Premierministerin setzt insgesamt den Weg ihres Vorgängers fort und beschränkt sich auf einige wenige eigene Akzente, so etwa eine stärkere Betonung sozialpolitischer Aspekte. Ein Euro-Beitritt ist vorerst kein Thema, und auch in Sachen Ukraine ist kein Kurswechsel zu erwarten.
- 25 Jahre nach der Wende von 1989 lässt sich ein Prozess der demokratischen Konsolidierung feststellen, den Polen seither durchlaufen hat. Die Regierungsumbildung verlief auffallend unauffällig, mit anderen Worten: normal. Diese Normalität ist nicht zuletzt auch ein Zeichen politischer Reife, welche Polen in den vergangenen Jahren erworben hat.

Die Berufung von Premierminister Donald Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates zum 1. Dezember 2014 ist insbesondere im Hinblick auf die polnischen Parlamentswahlen im kommenden Jahr von großer innenpolitischer Bedeutung. Tusks Weggang hat nicht nur zur Folge, dass in Polen eine neue Regierung gebildet werden musste, sondern auch, dass die regierende liberal-konservative Bürgerplattform (PO) mittelfristig einen neuen Parteichef brauchen wird. Ob der Verlust des Parteichefs Tusk die PO langfristig schwächt, wird stark davon abhängen, wie sich die Machtübergabe gestaltet und wer Tusk in das Amt des Parteivorsitzenden folgt, aber auch davon, ob die Regierung von Tusks Nachfolgerin Ewa Kopacz das Vertrauen der Pol\_innen gewinnt. Schon jetzt sehen Tusks Konkurrenten in der PO – unter ihnen der ehemalige Innenminister und Sejm-Marschall Grzegorz Schetyna, der bis zuletzt auch Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Sejm war – ihre Zeit gekommen, Tusk als Parteivorsitzenden zu beerben. Neuwahlen der Parteiführung werden wahrscheinlich Ende 2015 stattfinden. Möglicherweise wird die neue Ministerpräsidentin Ewa Kopacz auch den Parteivorsitz bis zu Neuwahlen übernehmen.

## Die neue polnische Regierung

Die Wahl der Nachfolge Tusks für das Amt des Ministerpräsidenten fiel auf Ewa Kopacz, bislang Präsidentin des polnischen Parlaments Sejm (Sejm-Marschallin). Vorgeschlagen von Tusk, erhielt sie die Unterstützung des PO-Parteivorstands und danach auch des Präsidenten Komorowski. Die Vereidigung der neuen Regierung fand am 22. September statt. Im Zuge dessen kam es zu einem Kabinettswechsel: Fünf Ministerien wurden neu besetzt, zwölf blieben unverändert. Dabei wurde unter anderem Elżbieta Bieńkowska verabschiedet. Die scheidende Ministerin für Infrastruktur und regionale Entwicklung folgte Donald Tusk nach Brüssel, wo sie als Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU tätig sein wird. Eine weitere Änderung betrifft die Ernennung des Verteidigungsministers Tomasz Siemoniak zum Vizepremier. Seine Ernennung zeugt von der gestiegenen Bedeutung des Ministeriums angesichts der anhaltenden Krise in der Ukraine und ist auch ein Zeichen der Priorität, die man sicherheitspolitischen Fragestellungen derzeit einräumt.

## Die neuen Gesichter in der Regierung

### Ewa Kopacz – Ministerpräsidentin

Die gelernte Ärztin trat 2001 in die PO ein. Im gleichen Jahr wurde sie als Abgeordnete in den Sejm gewählt, dem sie seither ohne Unterbrechung angehört. Von 2007 bis 2011 bekleidete Ewa Kopacz das Amt der Gesundheitsministerin, nach den Wahlen 2011 übernahm sie schließlich den Posten der Sejm-Marschallin. Innerhalb der PO ist sie stellvertretende Parteivorsitzende und wird voraussichtlich nach Tusks Abschied in Richtung Brüssel den Vorsitz übernehmen. Ewa Kopacz gilt Tusk gegenüber als loyal. Es ist davon auszugehen, dass sie den von ihm eingeschlagenen politischen Kurs weiterverfolgen wird. Innerhalb der Partei gehört sie dem liberalen Flügel an und gilt als unideologisch. In ihrer Zeit als Gesundheitsministerin zeichnete sie sich für die Vorbereitung der Reform über die Rückerstattung von Arzneimittelkosten verantwortlich. Die von ihrem Nachfolger Bartosz Arłukowicz umgesetzte Reform führte zu teilweise chaotischen Zuständen in den Apotheken und zu Ärzteprotesten. In den Meinungsumfragen vom August 2014 sprachen 35 Prozent der Befragten Ewa Kopacz das Vertrauen aus. Damit lag sie auf Platz drei hinter Präsident Komorowski (73 Prozent) und dem scheidenden Außenminister Sikorski (40 Prozent). Nach der Verkündung von Tusks Wechsel nach Brüssel konnte sie ebenso wie Komorowski (79 Prozent) und Sikorski (49 Prozent) noch einmal zulegen und erreichte 48 Prozent.

### Grzegorz Schetyna – Außenminister

Die Ernennung des Nachfolgers von Radosław Sikorski sorgte bei einer insgesamt eher geräuschlosen Regierungsumbildung für die größte Überraschung. Die Personalie des Außenministers erregte vor allem deshalb die Gemüter, da mit Sikorski ein äußerst versierter Außenpolitiker auf den zwar prestigeträchtigen, letztlich aber wenig einflussreichen Posten des Sejm-Marschalls abgeschoben wurde und dies in einer außen- und sicherheitspolitisch heiklen Situation (Krise in der Ukraine). Der neue Mann im Außenministerium, Grzegorz Schetyna, gilt außenpolitisch als unbeschriebenes Blatt, zuletzt stand er dem Sejm-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vor. Seit 1997 ist Schetyna Mitglied des Sejms, von 2010 bis 2011 bekleidete er das Amt des Sejm-

Marschalls. Er gilt als moderater Befürworter eines Euro-Beitritts, betont die Bedeutung der Beziehungen zu den USA und spricht sich für eine harte Haltung gegenüber Russland aus, allerdings in Abstimmung mit den anderen EU-Mitgliedern. Seine Ernennung dürfte vor allem innerparteiliche Gründe haben. Der größte Konkurrent von Donald Tusk innerhalb der PO soll durch die Einbindung in die Regierung zu mehr Zusammenarbeit und weniger Konfrontation bewegt werden. Die politische Linie Sikorskis wird Schetyna weitestgehend fortführen. Aufgrund der im Vergleich zu seinem Vorgänger schwachen Position könnte der Einfluss des Präsidenten auf die polnische Außenpolitik steigen. Hierfür spricht, dass sich der Präsident zuletzt häufiger zu außenpolitischen Fragestellungen äußert (zuletzt etwa zum Euro-Beitritt) und kürzlich in einem Fernsehinterview verkündete, es wäre das Beste gewesen, wenn Sikorski sein Amt bis zum Ende der Wahlperiode behalten hätte.

#### Teresa Piotrowska – Innenministerin

Die Nachfolgerin von Bartłomiej Sienkiewicz ist die zweite Überraschung im neuen Kabinett von Ewa Kopacz. Teresa Piotrowska ist seit 2001 Mitglied der PO wie auch Abgeordnete des Sejm. Im Sejm war sie zuletzt stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für staatliche Kontrolle und Mitglied des Ausschusses für öffentliche Finanzen. Sie verfügt jedoch bislang über keinerlei innenpolitische Erfahrung. Daher verwundert ihre Ernennung, insbesondere angesichts der anstehenden Reformen der polnischen Sicherheitsdienste. Hauptziel der Reformen ist es, die Aufgabenbereiche des Inlandsgeheimdienstes ABW und des Auslandsgeheimdienstes AW klarer zu definieren und die Zusammenarbeit zwischen beiden Organen besser zu koordinieren. Innerparteilich steht Piotrowska der neuen Premierministerin nahe, pflegt jedoch auch gute Beziehungen sowohl zu Tusk als auch zu Schetyna. Eigenen Äußerungen zufolge wird sie in einem Jahr in Pension gehen, was dafür spricht, dass Piotrowska nur eine Übergangslösung im Amt der Innenministerin darstellt.

#### Cezary Grabarczyk – Justizminister

Der neue Justizminister Cezary Grabarczyk sitzt seit 2001 für die PO im polnischen Parlament. Von 2007

bis 2011 war er Minister für Infrastruktur, anschließend stellvertretender Sejm-Marschall. Seit 2013 ist er zudem stellvertretender Vorsitzender der PO und dürfte nach Tusks Abschied in Richtung Brüssel eine der Schlüsselfiguren innerhalb der Partei sein. So galt er als einer der wichtigsten Befürworter von Ewa Kopacz' Aufstieg ins Amt des Premiers. Im Konflikt zwischen Tusk und Schetyna führte er die Gruppe der Unterstützer des früheren Premiers an. Von Experten wird er als möglicher Kandidat für den Parteivorsitz genannt. Als Chef des strategisch nachrangigen Justizministeriums sind bis zu den kommenden Sejm-Wahlen keine bedeutenden Änderungen zu erwarten.

#### Maria Wasiak – Ministerin für Infrastruktur und Entwicklung

Maria Wasiak folgt auf die nach Brüssel abgewanderte Elżbieta Bieńkowska. Wasiak ist eine langjährige Mitarbeiterin von Ewa Kopacz aus Zeiten der Partei Unia Wolności (Freiheitsunion) in den 1990er Jahren. Viele Jahre lang arbeitete sie bei der PKP (Polnische Bahn), wo sie für den Dialog mit den Gewerkschaften zuständig war. Sie blieb trotz wechselnder Regierungen in Polen (SLD, PiS, PO-PSL) in unterschiedlichen Spitzenpositionen bei staatlichen Gesellschaften der Gruppe PKP. Zuletzt war sie Vorstandsmitglied von PKP S.A. und dort zuständig für die Restrukturierung der PKP-Gruppe. Ihre Nominierung kann als Absicht gewertet werden, die polnische Bahn zu stärken, nachdem diese jahrelang vernachlässigt worden ist – im Vordergrund standen bislang Investitionen in das Schnellstraßen- und Autobahnnetz. Obwohl sie Kontakte zu zahlreichen Politiker\_innen pflegt, könnte sich ihre lange Abwesenheit von der aktiven Politik als Nachteil erweisen, wenn sie als Ministerin um politische Unterstützung werben muss.

#### Andrzej Halicki – Minister für Verwaltung und Digitalisierung

Die Nominierung Halickis ist, wie bei Grzegorz Schetyna, Ausdruck der Bemühungen von Ewa Kopacz die Bürgerplattform und ihre drei rivalisierenden Flügel zu konsolidieren und die inneren Spannungen abzubauen. Halicki – ein enger Freund und Befürworter Schetynas – wird in die Regierungsarbeit einbezogen, um ihn u.a. in die

Verantwortung für die Zukunft der PO zu nehmen und kontrollieren zu können. Halicki ist seit Gründung der PO im Jahre 2001 Parteimitglied und seit 2007 Abgeordneter im Sejm sowie Vorsitzender der PO in der Woiwodschaft Masowien. Er war Pressesprecher der PO-Fraktion und leitete ein Jahr lang (bis 2010) den Auswärtigen Ausschuss des Sejm, um danach den Vorsitz des Ausschusses für Konstitutionelle Verantwortung (*Komisja odpowiedzialności konstytucyjnej*) zu übernehmen.

## Die Regierungserklärung von Premierministerin Ewa Kopacz

Am Abend des 2. Oktober 2014 sprach der Sejm der neuformierten Regierung um Premierministerin Ewa Kopacz das Vertrauen aus. Den 259 Ja-Stimmen aus dem Regierungslager der Koalitionspartner PO (200) und PSL (32) sowie von *Twój Ruch* (13) und insgesamt 14 unabhängigen Abgeordneten standen 183 Nein-Stimmen seitens der PiS (133), des SLD (29), der rechtskonservativen Fraktion *Sprawiedliwa Polska*<sup>1</sup> (14) und 7 Stimmen unabhängiger Parlamentarier\_innen gegenüber. Zudem gab es insgesamt sieben Enthaltungen. Zuvor hatte sie den Abgeordneten in einer rund 45-minütigen Regierungserklärung (dem sog. *Exposé*) die Grundzüge ihres Programms vorgestellt.

### Stärke zeigen: Abnabelung von Tusk und ein Friedensangebot an Kaczyński

Im Rahmen ihrer Ansprache nutzte Ewa Kopacz die Gelegenheit, um sich gegenüber ihrem Vorgänger Donald Tusk abzugrenzen und damit ihren Anspruch auf das Amt der Premierministerin zu unterstreichen. So würdigte sie zwar einerseits Tusks Leistungen in den letzten sieben Jahren sowie dessen Berufung zum Präsidenten des Europäischen Rates, machte aber andererseits deutlich, dass sie sich keineswegs als Interimslösung betrachtet und sich eine Machtperspektive über die kommenden Parlamentswahlen im Herbst 2015 hinaus ausrechnet. »Ich habe heute auch für dich, Donald, und für alle eine Botschaft. Ich bin es, die an der Spitze der polnischen Regierung steht [...] und für diese Regierung trage ich die gesamte Verantwortung.« Mit diesen Worten un-

terstrich Kopacz ihren langfristigen Führungsanspruch. Hierfür spricht auch das auf mehrere Jahre angelegte Regierungsprogramm und die Erwähnung der EU-Finanzmittel in Höhe von über 400 Mrd. Złoty (rund 100 Mrd. Euro) für die Jahre 2014 bis 2020 sowie die Regierungsumbildung.

Anschließend wendete sich Kopacz an den gesamten Sejm mit der Aufforderung, Parteiengizänk und persönliche Ränkespiele dem Wohl des Landes unterzuordnen. Ihre Hauptaufgabe sei es, das Vertrauen der Polen in die Regierung, die Politik und die Politiker wiederherzustellen. Zudem sprach sie auch direkt den PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński an. »Wir alle wissen, dass das polnische öffentliche Leben seit Jahren von der persönlichen Abneigung Jarosław Kaczyńskis gegenüber Donald Tusk belastet ist. [...] Es ist höchste Zeit, diese persönliche Verbissenheit zu durchbrechen. Ich appelliere an Herrn Kaczyński, Herr Vorsitzender, entfernen wir aus Polen diesen Fluch des Hasses.« Im Anschluss an die Regierungserklärung ging Kaczyński dann schließlich zu Tusk, reichte diesem die Hand und beglückwünschte ihn zu seinem neuen Amt. Dass diese Reaktion Kaczyńskis zu einer dauerhaften Änderung des Verhältnisses zwischen PiS und PO führt, kann jedoch als ausgeschlossen gelten.

Mit ihrem Auftreten dürfte die neue Regierungschefin vor allem drei Ziele verfolgt haben: Nach ihren ersten, eher glücklosen Medienauftritten in den vergangenen Wochen galt es zunächst, sich der polnischen Bevölkerung als starke und entschlossene Premierministerin zu zeigen, was ihr gelungen sein dürfte. Zum zweiten, verdeutlichte sie ihrer Partei ihren persönlichen Führungsanspruch. Schließlich versuchte sie der überaus streitbaren Opposition um Kaczyński den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit zog Ewa Kopacz symbolisch einen Strich unter die Amtszeit von Donald Tusk, wenngleich sie inhaltlich die Politik ihres Vorgängers im Großen und Ganzen fortsetzt.

### Im Osten nichts Neues

Im Bereich der Außenpolitik beschwor die neue Regierungschefin den parteiübergreifenden Konsens angesichts der angespannten Sicherheitslage im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine. Zudem bekräftigte sie die Bedeutung von Polens EU- und NATO-Mitglied-

1. *Sprawiedliwa Polska* (Gerechtes Polen) ist eine Fraktion innerhalb des Sejm und vereint die beiden rechtskonservativen Parteien *Polska Razem* (Polen Zusammen) und *Solidarna Polska* (Solidarisches Polen).

schaft für die Sicherheit des Landes. In der Frage der Ukraine kündigte Kopacz eine »pragmatische Politik« an. Gleichzeitig stellte sie jedoch klar, dass weder die territoriale Souveränität der Ukraine zur Disposition gestellt, noch an der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa gerüttelt werden dürfe. Zwar werteten die polnischen Medien die Äußerungen von Ewa Kopacz als dezente Abkehr vom klar pro-ukrainischen Kurs sowohl des vorangehenden Premiers Donald Tusk als auch des bisherigen Außenministers Radosław Sikorski. Allerdings lieben Mitarbeiter des Außenministeriums verlauten, dass der neue Chef des Ministeriums, Grzegorz Schetyna, im Wesentlichen den Kurs seines Vorgängers weiterverfolgen werde. Dementsprechend wird Ewa Kopacz auch an der geplanten Erhöhung des Verteidigungshaushalts festhalten. Dieser soll ab 2016 auf zwei Prozent des BIP steigen. Polen setzt damit den bereits zuvor eingeschlagenen Weg einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben fort und ist eines der wenigen NATO-Mitglieder, das gewillt ist, den 2002 im Rahmen des Bündnisses gefassten Beschluss zur Erhöhung der nationalen Verteidigungsbudgets umzusetzen. Der aktuelle Konflikt in der Ukraine dürfte die neue Regierung in diesem Vorhaben noch einmal bestärkt haben.

### Europapolitik: Im Zweifel für Polen

In den vergangenen zehn Jahren seiner EU-Mitgliedschaft hat Polen einen rasanten Wandel vollzogen: vom »entwicklungsbedürftigen« Neumitglied hin zu einem Mitgliedstaat, der sich durch eigene Initiativen wie die Östliche Partnerschaft oder die Idee einer Energie-Union einbringt und die Ambition hat, gegenüber den »großen Drei«, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, auf Augenhöhe zu agieren. Die Berufung von Donald Tusk auf den Posten des Präsidenten des Europäischen Rates passt da gut ins Bild. Und so verwundert auch nicht dass seine Nachfolgerin Ewa Kopacz das Land mittlerweile in der »europäischen ersten Liga« angekommen sieht. Zudem machte die neue Premierministerin klar, dass Polen auch unter ihrer Führung gewillt ist, seine nationalen Interessen auf der europäischen Bühne durchzusetzen. So möchte sich auch Kopacz für die von Tusk ins Spiel gebrachte Energie-Union stark machen. Weiterhin deutete sie an, dass in der EU-Klimapolitik auch in Zukunft mit polnischem Widerstand zu rechnen sein wird, womöglich bereits Ende Oktober bei dem EU-Gipfel in Brüssel.

Umweltschutz sei zwar wichtig, dürfe aber nicht zu Lasten der heimischen Wirtschaft und der Verbraucher gehen. In diese Richtung deuten auch ihre Ausführungen zum Thema Kohle. Diese habe der Ministerpräsidentin zufolge eine »strategische Bedeutung für Polen«, ihre Konkurrenzfähigkeit müsse sichergestellt werden. Dem anstehenden Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten (TTIP) steht Kopacz ohne jegliche Vorbehalte und grundsätzlich wohlwollend gegenüber.

### Euro-Beitritt Polens im nächsten Jahrzehnt

Zurückhaltend äußerte sich die neue Premierministerin im Hinblick auf einen Euro-Beitritt Polens. Voraussetzung für einen Beitritt seien eine reformierte und gestärkte Euro-Zone sowie eine starke polnische Wirtschaft. Expert\_innen zufolge wird Polen nicht vor 2018 in der Lage sein, die Stabilitätskriterien für den Euro-Beitritt zu erfüllen, so dass mit einer Einführung des Euro in Polen frühestens nach den übernächsten Parlamentswahlen 2019 zu rechnen sein wird. Damit zollt die neue Ministerpräsidentin vor allem der geringen Popularität einer Euro-Einführung unter der polnischen Bevölkerung Tribut. Sie setzt den von ihrem Vorgänger eingeschlagenen abwartenden Kurs fort, selbst angesichts der jüngsten Vorstöße des Präsidenten Bronisław Komorowski, der sich für eine öffentliche Debatte zum Euro-Beitritt stark machte.

### Die Sozialpolitik: All in the family

Durchaus mit Spannung wurden die sozialpolitischen Vorstellungen der für PO-Verhältnisse eher sozial orientierten Ewa Kopacz erwartet. Am Ende waren die Reaktionen auf das sozialpolitische Programm der Regierung gespalten. Während aus dem linken SLD Stimmen kamen, die das *Exposé* als »sozialdemokratischstes Regierungsprogramm aller Zeiten« bezeichneten, attestierten ihr andere Beobachter\_innen ein wenig ambitioniertes sozialpolitisches Programm. Mit Sicherheit gewährte Kopacz sozialpolitischen Themen weitaus mehr Raum als es Tusk in seinem *Exposé* aus dem Jahre 2011 tat, ohne jedoch den großen Wurf zu wagen. Gleichzeitig setzt Kopacz auf diese Weise den SLD und die bisweilen sozialorientierte PiS unter Druck.

Die ambitionierten Vorhaben sind im Bereich der Familienpolitik zu finden. Hier ist eine Erhöhung der Mittel für den Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen von 50 auf 100 Mio. Złoty (ca. 12,5 bzw. 25 Mio. Euro) für das Jahr 2015 geplant. Bis zum Jahr 2020 sollen zudem Betriebskindergärten und -kinderkrippen eingeführt werden. Die hierfür veranschlagten rund 2 Mrd. Złoty (rund 500 Mio. Euro) sollen nicht zuletzt aus dem Europäischen Sozialfonds kommen. Desweiteren kündigte Kopacz an, den Kreis der Anspruchsberechtigten für den zwölfmonatigen Elternurlaub zu erweitern. In Zukunft werden auch Eltern ohne normales Beschäftigungsverhältnis, also auf der Basis von Werkverträgen Beschäftigte, Arbeitslose, Studierende und Landwirt\_innen einen Anspruch auf Elternurlaub haben.

Beim Thema Jugendarbeitslosigkeit identifizierte die Premierministerin mangelnde Berufserfahrung bei Absolvent\_innen als Haupthindernis für einen möglichst reibungsfreien Übergang von der Ausbildung ins Arbeitsleben. Dass die in Aussicht gestellte Einführung eines Praktikums in der öffentlichen Verwaltung für Studierende diesem Missstand Abhilfe schafft, darf hingegen bezweifelt werden. Weit wichtiger scheint da die Feststellung der Reformbedürftigkeit des polnischen Berufsschulwesens. Wie Kopacz ankündigte, wird das Bildungsministerium noch in diesem Jahr ein Programm vorstellen, dessen Ziel der Wiederaufbau der polnischen Berufsschulen ist. Als Reaktion auf den anhaltenden Brain-Drain, der gerade junge und gut ausgebildete Pol\_innen betrifft, kündigte Kopacz zudem ein besonderes Stipendium für ein Auslandsstudium an. Ab dem Jahr 2016 sollen herausragende polnische Studierende die Möglichkeit erhalten, an renommierten Universitäten im Ausland zu studieren. Das Studium finanziert der polnische Staat unter der Bedingung, dass die Studierenden nach Abschluss ihres Studiums für mindestens fünf Jahre in Polen arbeiten.

Neben jungen Menschen und Familien standen auch ältere Menschen im Fokus der sozialpolitischen Ankündigungen. So versprach Kopacz unter anderem die Einführung von Tageseinrichtungen für Senior\_innen. Die entstehenden Kosten sollen zu gleichen Teilen vom Staatshaushalt, den Kommunen und den privaten Nutzern getragen werden. Zudem beabsichtigt sie das von Tusk gegebene Versprechen einer Anhebung der Rentenbezüge einzulösen. Hierfür sollen im Jahr 2015 rund

3,8 Mrd. Złoty (etwa 0,95 Mrd. Euro) aufgewendet werden.

### Reaktionen auf das Exposé

Das mediale Echo auf das Exposé der Regierung Kopacz fiel gemischt aus. Während die konservative Tageszeitung *Rzeczpospolita* in der Erklärung ein weitgehend zusammenhangloses »Wunschkonzert« politischer Versprechungen erblickte, wertete die liberale *Gazeta Wyborcza* den Auftritt der neuen Premierministerin insgesamt als Fortsetzung der Politik Tusks und attestierte Kopacz ein pragmatisches Vorgehen.

In den Meinungsumfragen nach dem Exposé konnte die PO mit 34 Prozent ihren im Vormonat erlangten Vorsprung gegenüber der PiS (28 Prozent inkl. *Solidarisches Polen* und *Polen Zusammen*) leicht ausbauen. Der SLD käme auf acht Prozent, die PSL auf sechs Prozent. Ebenfalls in den Sejm einziehen würde der ultrakonservative *Kongress der Neuen Rechten* um Janusz Korwin-Mikke mit fünf Prozent. *Twój Ruch* würde mit zwei Prozent den Sprung ins Parlament klar verpassen. Im Hinblick auf mögliche Koalitionen nach der Sejm-Wahl im Herbst 2015, wäre eine Fortsetzung der PO/PSL-Koalition möglich. Gesetzt den Fall, dass die PSL an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, wäre auch eine Koalition aus PO und SLD denkbar. Auf eben dieses Szenario scheint der Bund der Demokratischen Linken derzeit zu setzen, glaubt man Äußerungen von Parteifunktionären.

Durch den moderaten Fokus auf sozialpolitische Themen und der zumindest rhetorisch größeren Zurückhaltung im Hinblick auf den Konflikt in der Ukraine besetzt Ewa Kopacz Positionen, die zuvor eher dem SLD wie auch *Twój Ruch* zuzurechnen waren. So wurde Janusz Paliokts *Twój Ruch* von der Opposition heftig für die Zustimmung zur Regierung kritisiert. Die Partei rechtfertigte ihr Abstimmungsverhalten mit dem Hinweis auf das Exposé, welches in zahlreichen Punkten mit dem eigenen Programm übereinstimme. Diese Ausrichtung des Regierungsprogramms der neuen Premierministerin Ewa Kopacz könnte sowohl den Versuch darstellen, dem SLD Wähler\_innen abspenstig zu machen, als auch ein Hinweis auf eine mögliche Koalition mit dem SLD nach den Parlamentswahlen im Herbst 2015 sein.



## Schlussfolgerung

Der Wechsel von Tusk nach Europa wird in Polen allgemein als politischer Erfolg wahrgenommen. Seiner Nachfolgerin Ewa Kopacz ist wenig an einer radikalen Kursänderung gelegen, sie beschränkt sich auf einige wenige eigene Akzente. Im Wesentlichen ist eine Fortführung des eingeschlagenen Weges zu erwarten. So hat die vorgenommene Kabinettsumbildung auch eher innerparteiliche Gründe. Die Ernennung von Grzegorz Schetyna zum neuen Außenminister sowie von Andrzej Halicki zum Minister für Verwaltung und Digitalisierung zeugen davon, dass Ewa Kopacz die Bürgerplattform und ihre drei rivalisierenden Flügel konsolidieren und die inneren Spannungen abbauen will. Diese Ernennungen bedeuten auch, dass die Position des Präsidenten Komorowski, auch in der Außenpolitik, stärker wird. Zum einen stehen Schetyna wie auch Halicki dem Staatspräsidenten nahe, zum anderen besitzt Schetyna keine große Erfahrung in der Außenpolitik und befindet sich in einer schwachen Position. Seinen Einfluss machte Komorowski bereits deutlich, als er Jacek Rostowski, ehemaliger Finanzminister in der Regierung von Donald Tusk, als neuen Außenminister verhinderte. Polens neue Premierministerin Ewa Kopacz steht nun vor mehreren Herausforderungen. Zum einen muss sie die Bürger\_innen von der neuen Regierung überzeugen, was ihr den letzten Umfragen zufolge erst einmal gelungen sein dürfte. Darüber hinaus muss sie die PO auf die anstehenden Kommunalwahlen am 16. November vorbereiten und die Position der Partei mit Blick auf die Sejm-Wahlen im Herbst 2015 stärken. Bedeutende Reformen sind daher nicht zu erwarten, auch aufgrund der kurzen Amtszeit von nur einem Jahr.

Im Jahr des 25. Jahrestags der ersten (halb-) freien Wahlen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lässt sich jedoch auch eine grundlegendere Beobachtung machen, die in der Eile der medialen Berichterstattung unter den Tisch zu fallen droht: Polen hat in vergangenen Jahren einen überaus beachtenswerten Prozess demokratischer Konsolidierung durchlaufen. Diese Entwicklung ist für sich genommen bereits ein großer Erfolg, sticht jedoch im Vergleich mit anderen Entwicklungen in der Region (z.B. Ungarn) noch einmal besonders hervor. Dass ein Kabinettswechsel nicht ohne mediale Spekulation und politisches Geplänkel hinter den Kulissen vor sich geht, versteht sich von selbst. Aber wo waren die Skandale, die Verleumdungen, die Schlammschlachten in aller Öffentlichkeit? Fehlanzeige! Selbst die Versetzung des hochgeschätzten Außenministers Radosław Sikorski auf die vielleicht prestigeträchtige, politisch aber nachrangige Position des Sejm-Marschalls ging letzten Endes ohne größere Verwerfungen über die Bühne. Und das in einem Land, das bis vor einigen Jahren seinen Nachbarn in Ostmitteleuropa in Sachen politische Aufgeregtheit in nichts nachstand und mit der diesjährigen Abhöraffaire gar in alte Muster zu verfallen drohte. Stattdessen wurden wir Zeuge eines bemerkenswert professionellen Machtwechsels ohne viel Aufhebens, der gerade deshalb Erwähnung finden sollte, weil er dem westeuropäischen Beobachter so normal vorkommen mag. Diese Normalität ist nicht zuletzt auch ein Zeichen politischer Reife, welche Polen in den vergangenen Jahren erworben hat.



## Über die Autor\_innen

**Dr. Joanna Andrychowicz-Skrzeba** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

**Roland Feicht** ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

**Bastian Sendhardt** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-000-2